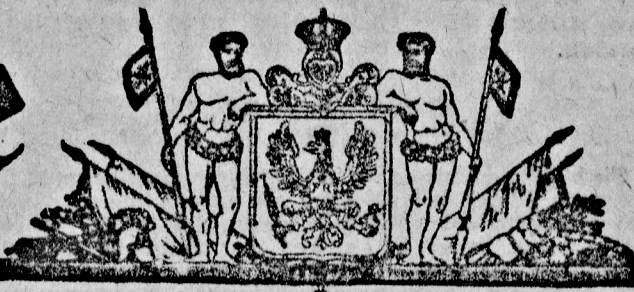


Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag eine illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wandern, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle, Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. in Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 83 1/2%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schäftsleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprach Zentralb. Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Berchtold als Vormund der deutschen Politik.

Ein österreichisches Rotbuch über die Entstehung des Weltkrieges.

Das österreichische Staatsamt für Verfassung gibt heute ein offizielles Rotbuch und eine offizielle österreichische Darstellung des Wiener Kabinetts und die Entstehung des Weltkrieges heraus, die die Vorgänge in den Zuständen 1914 in einem teilweise völlig neuen Licht erscheinen lassen. Das uns vorliegende offizielle Elaborat von Dr. Robert Koch, das nicht nur mit den fertigen Dokumenten arbeitet, sondern ihre Entstehungsgeschichte aus den Manuskripten heraus ableitet, zeigt unwiderleglich, daß eine der bisher am wenigsten genannten handelnden Personen in dem Drama von 1914 in Wirklichkeit eine nur allzu entscheidende Rolle gespielt hat, nämlich Graf Berchtold. Die Tendenz des Buches, die maßgebenden Personen des Deutschen Reiches von dem Vorwurf jeder Verantwortung zu entlasten, kann nur bis zu einem gewissen Grade als berechtigt anerkannt werden. Wichtig ist, wie aus der folgenden Darstellung entnommen werden kann, daß irgend ein selbsttätiger Anstoß zum Kriege von deutscher Seite während des ganzen kritischen Zeitraums nicht erfolgt ist. Wichtig ist ferner, daß im allerletzten Stadium vor dem Kriegsausbruch, nämlich seit dem 29. Juli, von deutscher Seite die ernstesten Bemühungen unternommen wurden, um den nunmehr unabweisbar bevorstehenden Kriegswillen der österreichisch-ungarischen Regierung zu dämpfen. Dagegen zeigt die vorliegende Darstellung leider aus dem, daß bis zu diesem allzu späten Zeitpunkt gerade der völlige Mangel an politischer Initiative auf deutscher Seite den österreichisch-ungarischen Machtschritten unbegrenzten Spielraum für die Entfaltung ihrer kriegerischen Pläne geboten hat. Es zeigt sich auch in diesem neu veröffentlichten Dokument, daß Deutschland in völliger Verkennung der weltpolitischen Strömungen und Kräfte durch die unbedachte und geradezu leichtfertige Billigung der österreichischen Aufträge und durch die an politischen Schwächen grenzende Unwissenheit der unhaltbarsten weltpolitischen Voraussetzungen aus dem Munde des Grafen Berchtold jenes Maß von Unglück mitverschuldet hat, das entstehen muß, wenn Weltgeschichte in die Hände von geistig Unmündigen gelegt werden.

Durch die genaue und ihre Entstehungsgeschichte berücksichtigende Wiedergabe der am 5. Juli in Berlin überreichten Denkschrift über die politische Lage, ist erwiesen, daß der Entschluß der österreichischen Regierung, eine aktive Politik auf dem Balkan mit allen ihren weltpolitischen Gefahren zu beginnen, älter ist, als der Mord von Sarajewo. Die Denkschrift hat in ihrer nunmehr zutage gefördertsten ersten Fassung noch die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit Rußland vorgesehen. Inmitten war die unsichere Haltung Rumaniens selbst der Ausgangspunkt der damaligen Erwägungen und Bestrebungen; und diese verdrängten sich soweit, daß sie in der zweiten vom Grafen Berchtold selbst unredigierten Fassung der Gedanken des politischen Zusammenarbeitens mit Rumänien bereits gänzlich gelassen und durch den (im Kriege verwirklichten) Plan eines Bündnisses mit Bulgarien ersetzt wird.

Von Kriegsmöglichkeiten ist mit Worten zunächst nichts gesagt. Das Bündnis mit Bulgarien und auf Rumänien nur einschüchternd wirken. Tatsächlich zeigt die österreichische Dominanzsicht sowohl, daß sie der deutschen Regierung ein weltpolitisches Bild entwirft, wodurch Deutschland überredet werden soll, unbedacht aller Konsequenzen, die österreichische aktivistische Außenpolitik erst zu helfen. Rußland wird als unbedingt aggressiv und sein Überfall auf Deutschland und Österreich als eine nahe bevorstehende Tatsache mit absoluter Sicherheit hingestellt.

Die deutsche Regierung ist nun in der schon erwähnten unbegreiflichen politischen Gedankenlosigkeit auf alle diese Anregerungen eingegangen. Die Berechnung des Grafen Berchtold, daß es ihm leicht sein werde, Deutschland völlig ins Schlepptau zu nehmen, und auf Grund einer unbegrenzten Vollmacht (Versicherung bedingungsloser Bündnistreue) zu modieren, was er wollte, hat sich reslos erfüllt. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Graf Czjgenn, kann am 5. Juli nach Wien melden, daß Kaiser Wilhelm auf Grund der österreichischen Denkschrift ihm im Neuen Palais erklärt habe, daß er zwar ernste politische Kompensationen auf Grund der österreichischen Darlegungen im Auge behalten müsse, daß aber „auch in diesem Falle“ Wien auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen könne. Der Kaiser wünschte nur, daß die Aktion gegen Serbien, wenn sie notwendig sei, weiter erfolgen solle. Weitere Kundgebungen im selben Sinne folgen von den

verschiedenen maßgebenden deutschen Stellen. Das politische Weltbild der österreichischen Denkschrift wird durchaus anerkannt und durch das hübsche Argument erhellt, daß Rußland „noch keineswegs kriegsbereit“ sei, und deshalb wahrscheinlich nachgeben werde. Trotz der eigenen Versicherungen glaubt man in Berlin nicht an den Ernst der Situation. Weitergehen die Informationen wird durcheinander. Man verlangt schnelles Vorgehen, rechnet mit dem Einmarsch in Serbien, wünscht aber, daß keine unerfüllbaren Forderungen gestellt werden. Ueber die Rolle, die der deutsche Botschafter v. Tschirsky in Wien gespielt hat, müßte noch besonders gesprochen werden.

Jedenfalls behält Wien die Hände frei für eine ausgesprochen politische Initiative, zu der Deutschland nichts anderes beizubringen hat, als das Risiko der eigenen Existenz. Aus den nachfolgenden im Auszug wiedergegebenen Dokumenten geht hervor, daß die deutsche Regierung sich von dem Ultimatum an Serbien genau so überraschen läßt, wie alle übrigen Mächte, und nicht mehr in der Lage ist, auf seine Forderungen irgendwelchen Einfluß zu nehmen. Sogar die serbische Antwortnote ist aufsehenerregend in Berlin bekannt geworden, als bei den Entenmächten. Die deutsche Passivität, ein feiner Botschafter Österreichs in Berlin und planlose Hände des leitenden Ministers auf dem Balkan — das sind die Elemente, die unmittelbar vor Kriegsausbruch zu entscheidender Bedeutung sich zusammenfinden. Die politische Praxis des Grafen Berchtold ist im Nachstehenden nur durch einzelne Beispiele gekennzeichnet. Das Buch selbst wimmelt davon. So wird dem Kaiser Franz Joseph die Unterschrift unter die Kriegserklärung an Serbien durch eine erlogene Meldung über einen serbischen Truppenverlust abgelenkt und nachher die Unrichtigkeit dieser Meldung dem alten Kaiser zurück mitgeteilt. Am 1. August nach Kenntniserlangung der russische Botschafter in Wien die deutsche Kriegserklärung damit, daß Deutschland „den Kopf verloren habe“. Graf Berchtold fällt in dem betreffenden Tagesbericht des Wiener Ministeriums, der die Grundlage für die Berichterstattung auch an die Botschafter bildet, diese Stelle dahin, daß Deutschland „den Krieg forcierten wolle“.

All das hat man in Berlin mit kindlicher Anhängseligkeit erduldet, als das Schicksal von Millionen entscheiden werden sollte. Man hätte den schönen Trost, den nach einem Bericht des österreichischen Botschafters Grafen Tschirsky Kaiser Wilhelm nach am 1. August in die Worte sagte „König Georg von England hätte dem Prinzen Heinrich versichert, England werde einem Konflikt der vier Kontinentalmächte nicht aktiv einreifen.“

Nachstehend einige Auszüge aus dem Buch:

Der Ministerrat vom 7. Juli.

In dieser Sitzung des Ministerrates der Monarchie wurde zum erstenmal eine Klärung über die Forderungen herbeigeführt, die die 1. u. 2. Regierung aus dem Ereignis von Sarajewo zu ziehen sich genötigt sah. Einleitend bemerkte der Vorsitzende Graf Berchtold, der Ministerrat sei einberufen worden, um über die Maßnahmen zu beraten, welche zur Enttarnung der anlässlich der Katastrophe in Sarajewo zutage getretenen innerpolitischen Verhältnisse in Bosnien und der Herzegovina angewendet werden sollten. Es gebe seiner Ansicht nach verschiedene interne Maßnahmen in Bosnien selbst, deren Anwendung ihm gegenüber den freisinnigsten Zuständen geboten erscheinen.

Vorerst aber sollte man sich darüber klar werden, ob der Moment nicht gekommen sei, um Serbien durch eine Kraftäußerung für immer unschädlich zu machen. Ein solcher entscheidender Schlag könne nicht ohne diplomatische Vorbereitungen geführt werden, daher habe er mit der deutschen Regierung Fühlung genommen. Die Besprechungen in Berlin hätten zu einem sehr befriedigenden Resultate geführt, indem sowohl Kaiser Wilhelm als Herr v. Bethmann Hollweg der Monarchie für den Fall einer kriegerischen Komplikation mit Serbien die unbedingte Unterstützung Deutschlands mit allem Nachdrucke zugesichert hätten. Nur müßte die Monarchie noch immer mit Italien und Rumänien rechnen, und da sei er in Übereinstimmung mit dem Berliner Kabinetts der Ansicht, daß es besser wäre zu handeln und etwaige Kompensationsansprüche abzu-

warten. Er sei sich darüber klar, daß ein Waffengang mit Serbien den Krieg mit Rußland zur Folge haben könnte. Rußland treibe aber gegenwärtig eine Politik, die auf lange Sicht berechnet den Zusammenschluß der Balkanstaaten, Rumänien einbezogen, zum Zweck habe, um dieselben sodann im geeigneten erscheinenden Momente gegen die Monarchie anzuspitzen zu können. Die logische Folge, die sich aus dem Gesagten ergebe, wäre, den Gegnern zuvorzukommen und durch eine rechtzeitige Abrechnung mit Serbien den bereits im vollen Gange befindlichen Entwicklungsprozeß aufzuhalten, was später zu tun nicht mehr möglich sein wird.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza stimmte damit überein, daß die Lage sich in den letzten Tagen durch die in der Unternehmung festgestellten Tatsachen und durch die Haltung der serbischen Presse verändert habe, und betonte, daß auch er die Möglichkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien für näher gerückt halte, als er es gleich nach dem Attentat von Sarajewo geglaubt habe. Er würde aber einem überraschenden Angriff auf Serbien ohne vorhergehende diplomatische Aktion, wie dies beabsichtigt zu sein scheint, und bedauerlicherweise auch in Berlin durch den Grafen Hofos besprochen wurde, niemals zustimmen, weil die Monarchie in diesem Falle seiner Ansicht nach in den Augen Europas einen sehr schlechten Stand hätte. Österreich-Ungarn müßte unbedingt Forderungen gegen Serbien formulieren und erst ein Ultimatum stellen, wenn Serbien sie nicht erfüllt. Diese Forderungen müßten zwar harte, aber nicht unerfüllbare sein. Nehme man die Forderungen der Monarchie aber nicht an, so würde auch es für eine kriegerische Aktion sein, müßte aber schon jetzt betonen, daß die Monarchie mit einer solchen zwar die Verkleinerung, nicht aber die vollständige Vernichtung Serbiens bezwecken dürfte, weil einerseits diese von Rußland ohne einen Kampf auf Leben und Tod niemals zugegeben werden könnte, und weil auch er als ungarischer Ministerpräsident es niemals zugeben könnte, daß die Monarchie einen Teil von Serbien annektiere. Es sei nicht Sache Deutschlands zu beurteilen, ob die Monarchie jetzt gegen Serbien loszugehen sollte oder nicht. Er persönlich sei der Ansicht, daß ein Krieg im jetzigen Augenblick nicht unbedingt geführt werden müsse.

Graf Berchtold bemerkte hierzu, die Geschichte der letzten Jahre hätte gezeigt, daß diplomatische Erfolge gegen Serbien zwar das Ansehen der Monarchie zeitweilig gehoben, aber die tatsächlich bestehende Spannung in den Beziehungen zu Serbien sich nur noch verstärkt hätte. Eine radikale Lösung der durch die inhaftliche von Belgrad aus betriebene großserbische Propaganda aufgeworfenen Frage, deren zerringende Wirkung in der Monarchie bis nach Agam und Jara gespürt werde, sei wohl nur durch ein energisches Eingreifen möglich.

Der österreichische Ministerpräsident Graf Czjgenn bemerkte, es sei jetzt eine psychologische Situation geschaffen, die seiner Ansicht nach unbedingt zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien hindrange. Er stimme mit Tisza darin überein, daß die Monarchie, und nicht die deutsche Regierung beurteilen müßte, ob ein Krieg notwendig sei oder nicht. Er müsse aber doch bemerken, daß es auf die Entscheidung der Monarchie einen sehr großen Einfluß ausüben sollte, wenn an der Stelle, welche Österreich-Ungarn als treueste Stütze seiner Politik im Dreibund ansehen müßte, die rückhaltlose Bündnistreue zugesagt und überdies nahegelegt werde, sofort zu handeln, nachdem man dort angefragt habe. Graf Tisza sollte diesem Umstande doch Bedeutung beimessen und in Erwägung ziehen, daß die Monarchie durch eine Politik des Zauderns und der Schwäche Gefahr laufe, dieser rückhaltlosen Unterstützung des Deutschen Reiches zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr so sicher zu sein.

Der Kriegsminister Krobatin gab der Ansicht Ausdruck, daß ein diplomatischer Erfolg keinen Wert habe. Ein solcher Erfolg werde nur als Schwäche angesehen. Vom militärischen Standpunkt müsse er betonen, daß es günstiger wäre, den Krieg sogleich als zu einem späteren Zeitpunkt zu führen, da sich das Kräfteverhältnis in der Zukunft unverhältnismäßig zugunsten der Monarchie verschieben würde.

In der darauf sich entzündenden Diskussion wurde den Bedenken Tiszas Rechnung getragen, daß man Serbien nur verkleinern, aber nicht ganz vernichten dürfe. Trotz dieses Zugeständnisses seiner Kollegen beharrte Tisza aber immer noch bei der Ansicht, daß eine erfolgreiche Balkanpolitik für die Monarchie durch den Anschluß Bulgariens an den Dreibund möglich wäre und verwies auf die furchtbare Katastrophe eines europäischen Krieges unter den derzeitigen Verhältnissen. Berchtold bemerkte dazu, daß man der Tatsache Rechnung tragen müsse, daß von feindlicher Seite ein Entscheidungskampf gegen die Monarchie vorbereitet werde und daß Rumänien der russischen und französischen Diplomatie Helfershelfer sei. Man dürfe nicht annehmen, daß die Politik mit Bulgarien der Monarchie einen vollen Erfolg für den Verlust Rumaniens bieten könne.